Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“ erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaufürsten; in Berlin bei der Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; Filiale Friedrichstadt: Friedrichstraße 66; Filiale Königstadt: Königstraße 56/57; Filiale Tempelhof: Prinzenstraße 41; bei allen Zeitungsspeditoren und Stadtpostämtern. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis auf das „Berliner Tageblatt“ nebst „Handels-Zeitung“, dem illustrirten Wißblatt „ULK“, der feuilet. Montags-Ausgabe „Zeitgeist“, der „Technischen Rundschau“, dem Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle“ und den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft“ vierteljährlich 3 Mark 25 Pf., Ausland excl. Postaufschlag; bei direkter Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin auch monatlich 1 M. 75 Pf. incl. Botenlohn, bei separater Zustellung des Wißblattes 2 M. pränumerando). — Inserate à Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstr. 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstr. 66, Königstr. 56/57, Prinzenstr. 41 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 368. Berlin, Mittwoch, den 22. Juli 1896. XXV. Jahrgang.

Die Regentschaft in Braunschweig und die „Welfen“.

Gewisse Kreise gefallen sich zur Zeit wieder einmal darin, über die sogenannte braunschweigische Frage tiefsinnige Betrachtungen anzustellen. Den Anlaß dazu bietet der Umstand, daß die erste Armeeinspektion, der der Prinz Albrecht von Preußen, der derzeitige Regent des Herzogthums Braunschweig, vorsteht, von Hannover nach Berlin verlegt worden ist. Uns erscheint es absolut unverständlich, wie man diese rein militärische Angelegenheit mit der braunschweigischen Frage in Zusammenhang bringen kann. Bekanntlich residirt der Prinzregent Albrecht weder in Hannover, noch in Berlin, sondern in Braunschweig, und bei dem häufigen Aufenthalt des Prinzen in Schlesien ist es für ihn vielleicht bequemer, wenn der Sitz seiner Armeeinspektion sich in Berlin befindet, als wenn er in Hannover wäre. Wenn die Verlegung der Inspektion mit einer Uebersiedelung des Prinzen nach Berlin zusammenhinge, so würde die erstere ja immer noch erfolgen können, nachdem die letztere vollzogen ist; wozu sie ihr vorausgehen sollte, ist durchaus nicht einzusehen.

In Wirklichkeit haben wohl die Kombinationspolitiker, die jenen nicht existirenden Zusammenhang konstruirten, selbst nicht daran geglaubt, daß zwischen der Verlegung der ersten Armeeinspektion und der Erledigung des braunschweigischen Herzogsthrones irgend eine Verbindung bestände. Ihnen kam es vor allen Dingen darauf an, wieder einmal zu betonen, daß ein Welfe nie und nimmermehr im deutschen Reiche Platz habe, und zugleich der Welt die Thatsache zu verkünden, daß Prinz Albrecht wenig Freude an seinem Regentenberuf empfinde. Diesen letzteren Umstand haben wir schon vor Jahren mitgetheilt und auch erklärt. Der preußische Prinz fühlt sich in Braunschweig durchaus nicht heimisch, und die Bewohner des Herzogthums würden ihm wenig Thränen nachweinen, wenn das jetzige Interregnum sein Ende erreichte.

Die jetzt verbreitete Behauptung, Kaiser Wilhelm I. habe damals, als er die Genehmigung zu der Uebernahme der Regentschaft in Braunschweig durch den Prinzen Albrecht ertheilte, gehofft, die braunschweigischen Stände würden den Prinzen oder einen seiner Söhne zum Herzog wählen, ist eine Verleumdung des verstorbenen Kaisers und des Prinzen Albrecht selber. Der Letztere ist ein viel zu überzeugter Legitimist, als daß er je einen Thron besteigen würde, den er nicht ererbt, und er würde sicher die braunschweigische Herzogskrone niemals aus der Hand der Stände entgegennehmen, die doch die Vertretung des braunschweigischen Volkes darstellen sollen, wenn sie es in Wahrheit auch nicht sind. Prinz Albrecht würde niemals eine Haltung beobachten, die etwa den geringsten Anlaß oder auch nur Vorwand dazu geben könnte, ihm die Rolle eines Usurpators anzudichten. Auch der alte Kaiser ließ sich von ähnlichen Gesichtspunkten leiten, und er würde sicher nie zugegeben haben, daß ein preußischer Prinz von Volkes Gnaden eine Regierung übernommen hätte, die nach Hohenzollernansicht von Gottes Gnaden stammen soll.

Zudem haben Diejenigen, welche es überhaupt als möglich hinstellten, daß Prinz Albrecht oder einer seiner Söhne als gewählter Herzog in die Residenz Braunschweig einziehen könnten, auf die staatsrechtliche Natur des deutschen Reiches gar keine Rücksicht genommen. Der weitsichtige Staatsmann Fürst Bismarck — den doch dieselben Leute, die dem Herzogthum Braunschweig statt des angestammten Herrscherhauses ein nicht gewünschtes aufoktroiren möchten, als ihre einzige Autorität verehren — hat zu wiederholten Malen die Nothwendigkeit betont, gerade im Interesse der deutschen Einheit und Einigkeit die Dynastien der Einzelstaaten in ihrem Besitze zu erhalten und zu schützen. Und in der That muß ja einleuchten, daß jeder Vorgang, der auch nur den Anschein erwecken könnte, als wolle Preußen einen der kleineren Bundesstaaten annektiren, nicht nur in allen den Bevölkerungskreisen, die von dem preußischen Landrath nichts wissen wollen, die größte Unzufriedenheit hervorrufen, sondern auch die übrigen Regentenhäuser im Reich sehr mißtrauisch gegenüber der preußischen Hegemonie machen würde. Und bei der Mißstimmung, die vielfach in Süddeutschland, besonders in Baiern, ohnehin gegen Preußen herrscht, würde jede Handlungsweise Preußens, die sich als ein Gewaltakt des Stärkeren gegen einen Schwächeren charakterisiren ließe, zur weiteren Ausbreitung des preußenfeindlichen Partikularismus beitragen.

Im Uebrigen hat noch Niemand aus den Reihen Derjenigen, die unter keinen Umständen einen Welfen auf dem braunschweigischen Throne dulden möchten, beweisen können, welch schreckliche Gefahren dem deutschen Reich aus der Ausübung der Regierungsgewalt in Braunschweig durch ein Mitglied der Familie Cumberland erwachsen würden. Man spricht immer davon, daß Braunschweig kein Herd welfischer Agitation werden dürfe. Nun muß auch ein sehr oberflächlicher Kenner der braunschweigischen Bevölkerung wissen, daß dieselbe sich nie und nimmer dazu hergeben würde, irgend welche reichsfeindlichen Bestrebungen zu unterstützen. Es hat dort stets einige Querköpfe gegeben, die sich das Schicksal des Königreichs Hannover allzu sehr zu Herzen genommen hatten, und die dadurch zu demonstriren suchten, daß sie bei den Reichstagswahlen für einen Kandidaten ihre Stimme abgaben, der sich als Welfe bezeichnete. Indeß kamen diese paar Leute gegenüber dem Gros der braunschweigischen Bevölkerung gar nicht in Betracht, und die Stimmenzahl, die auf solche welfischen Kandidaten vereinigt wurde, war von jeher eine so lächerlich winzige, daß sie absolut keine Beachtung verdiente. In ihrer erdrückenden Mehrheit war die Bevölkerung des Herzogthums stets liberal, und diese Gesinnung hat, wenn man von der Eroberung der Hauptstadt durch die Sozialdemokratie absieht, auch immer bei den Wahlen ihren Ausdruck gefunden. Erst in allerletzter Zeit hat die Stimmung der Bevölkerung in einzelnen Theilen des Landes, insbesondere im Kreise Holzminden, eine Wandlung erfahren. Die „altbraunschweigische Rechtspartei“ hat zahlreiche Vereine gegründet und in Stadt und Land Propaganda dafür gemacht, daß an Stelle des Prinzregenten Albrecht der rechtmäßige Herrscher die Regierung des Landes übernehme. Es würde eine grobe Fälschung sein, wenn Jemand behaupten wollte, es handle sich hierbei um eine von den Welfen der Provinz Hannover nach Braunschweig übertragene Agitation.

Die „altbraunschweigische“ Bewegung im Herzogthum ist lediglich ein Ausfluß der Unzufriedenheit der Bevölkerung, die mit den Zuständen, die sich während der Regentschaft des Prinzen Albrecht herausgebildet haben, in keiner Weise sich befreunden kann. Beunruhigt in dem kleinen Lande — und die Hauptstadt nicht ausgenommen — von einer eigentlichen politischen Bewegung wenig zu spüren ist, so läßt sich doch aus mancherlei Anzeichen der Schluß ziehen, daß der alte trotzige Sinn der Braunschweiger noch immer nicht verschwunden ist. Die Nachkommen jener Leute, die im Mittelalter ihre Herzöge viele Jahre aus der Stadt fernhielten und sie zwangen, in Wolfenbüttel und anderen Orten zu residiren, und jener, die 1830 den kleinen Tyrannen Karl, der nachmals als Diamantenherzog mehr berüchtigt als berühmt war, kurzer Hand nicht nur aus der Stadt, sondern aus dem Lande hinaustagten, wobei gänzlich unnöthigerweise das schöne Schloß noch in Brand gesteckt wurde, die Nachkommen dieser Altbraunschweiger wurden durch gewisse Erscheinungen, die sich während der Regentschaft des Prinzen Albrecht zeigten, unzufrieden gemacht. Sie ärgerten sich über die Begünstigung orthodoxer Kreise im Herzogthum und waren enttäuscht, als sich die Hoffnungen auf eine glänzende Hofhaltung des Prinzregenten nicht erfüllten. Allerhand Kleinigkeiten kamen hinzu, und thatsächlich ist das Verhältniß zwischen den Braunschweigern und ihrem Regenten ein so wenig enges, daß beide Theile je eher, je lieber demselben ein Ende machen möchten.

Unter diesen Umständen liegt es nicht nur im Interesse der Nächstbetheiligten, sondern auch in dem des Reiches selbst, daß der interimistische Zustand im Herzogthum Braunschweig baldmöglichst einen Abschluß finde. Die einzige Möglichkeit ist die Berufung des rechtmäßigen Thronerben zur Regierung. Wir glauben, daß die Befürchtungen, die von manchen Seiten daran geknüpft werden, sich in keiner Weise erfüllen würden, und wir sind überzeugt, daß die Uebernahme der Regierung in Braunschweig durch das Haus Cumberland — nachdem dieses die unerläßlichen Bürgschaften für Kaiser und Reich gegeben — nicht nur keine neuen welfischen Agitationen im Gefolge haben, sondern im Gegentheil den Grund zu mancherlei Unzufriedenheit in Braunschweig und Hannover beseitigen würde.

---

* Der **Besuch des Grafen Goluchowski beim Fürsten Hohenlohe** in Altaussee, über den wir schon im Abendblatt kurz berichteten, dauerte, wie unser Wiener ⊙-Korrespondent telegraphirt, mehrere Stunden. Die beiden Staatsmänner verkehrten in überaus herzlicher Weise mit einander.

Gewiß, so heißt es in unserem Privat-Telegramm, haben sie auch über politische Fragen, an denen es ja nicht gebricht, sich unterhalten. In unterrichteten Wiener Kreisen versichert man aber bestimmt, daß der Besuch keineswegs durch irgend eine aktuelle politische Angelegenheit veranlaßt worden sei. Zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn herrsche auf dem ganzen Gebiet der auswärtigen Politik die vollste Harmonie, und der Kontakt sei ein enger und regelmäßiger. Durch die Berichterstattung des Grafen Goluchowski beim Kaiser in Ischl bot sich aber die Gelegenheit dar, den so nahe von dort auf österreichischem Boden weilenden deutschen Staatsmann zu begrüßen, und Graf Goluchowski, den noch Bande persönlicher Freundschaft mit dem Fürsten Hohenlohe verbinden, machte von dieser erwünschten Gelegenheit mit Freuden Gebrauch. Graf Goluchowski trifft morgen früh wieder in Wien ein.

Die vorstehende Darstellung ist an sich zweifellos korrekt. Ob sie aber auch die Bedeutung der Zusammenkunft vollständig erschöpft, möchten wir nach unserer Kenntniß der Sachlage einstweilen noch dahingestellt sein lassen.

---

* Dem **Dualismus der obersten Civil- und Militärbehörden in den deutschen Schutzgebieten** ist endgiltig ein **Ende gemacht.** In Ergänzung des im Reichstage beschlossenen Gesetzes betreffend die kaiserliche Schutztruppe publizirt der Reichskanzler eine kaiserliche Verordnung, welche die in den afrikanischen Schutzgebieten zur Verwendung kommenden Schutztruppen dem Reichskanzler und in weiterer Folge dem betreffenden Gouverneur oder Landeshauptmann und demnächst dem Kommandeur unterstellt. Die weiteren Vorschriften bezüglich der Neuorganisation der Schutztruppen erläßt der Reichskanzler. Daß der Kommandeur der Schutztruppen selbstständig oder gar im Widerspruch mit den Absichten des Gouverneurs vorgeht, wie das noch nach der Ernennung Wißmanns zum Gouverneur in Deutschostafrika geschehen, ist in Zukunft unmöglich.

---

* Gegen eine allzu schnelle **Vermehrung** unserer **Kriegsflotte** scheint selbst in den Kreisen der **verbündeten Regierungen** sich Widerspruch geltend zu machen. Wie aus München telegraphirt wird, beschäftigt sich die jetzt baierisch-offiziöse „Allgemeine Zeitung“ mit dem Stand des Reichshaushalts und „warnt vor allzu optimistischen Hoffnungen bezüglich der künftigen Etatsjahre. Sie kommt bei dieser Gelegenheit auch auf die in Aussicht stehende Marinevorlage zu sprechen und warnt mit Rücksicht auf die drohende minder günstige Gestaltung der Reichsfinanzen vor allzu extravaganten Forderungen. Es gäbe für die radikalen Parteien keine bessere Wahlparole als den Kampf gegen neue Steuern, aus deren Ertrage eine ungeheure Flottenvermehrung bestritten werden soll. Für eine uferlose Steigerung der Schuldenlast des Reiches durch eine riesige Flottenanlage seien aber die verbündeten Regierungen selbst keineswegs zu haben. Darüber könnten die Flottenenthusiasten und Flottengegner sich gleichmäßig beruhigen.“ Das ist eine erste Mahnung von einer Seite, die Anspruch darauf hat, ihre Ueberzeugung nicht ohne Weiteres bei Seite geschoben zu sehen.

---

* Ueber die „neue christlich-soziale Gründung“ der Herren Stöcker, v. Nathusius und Weber hatte sich die Schlesische Ztg. recht abfällig geäußert. Gegen diesen Artikel, dessen Inhalt wir mitgetheilt haben, wandte sich die „Kreuzztg.“ und schrieb dabei unter anderem:

„Wir erkennen gern an, daß die Schles. Ztg. in vielen politischen und wirthschaftlichen Fragen einen uns nahe verwandten Standpunkt geschickt und warm vertritt. Ihren Haß gegen alles christlich-soziale und besonders gegen Stöcker können wir aber nicht theilen, halten ihn weder für motivirt noch für heilsam; vor allem aber sollte er sich nicht über die Grenzen der Gerechtigkeit hinwegsetzen.“

In ihrer Erwiederung hierauf kommt die Schles. Ztg. zu einer **vernichtenden Kritik der Christlich-Sozialen;** sie schreibt nämlich:

Wir fühlen uns völlig frei von jedem „Haß“ gegen die Christlich-Sozialen wie gegen Stöcker. Die christlich-soziale Bewegung ist aus einer durchaus gesunden Idee hervorgegangen, aus der Idee nämlich, die auch von uns für unabweisbar gehaltenen sozialen Reformen im Gegensatze zur Sozialdemokratie nicht durch Schwächung und Zerstörung, sondern unter Aufrechterhaltung und Befestigung des christlichen und monarchischen Bodens durchzuführen, auf dem die gesellschaftliche und staatliche Organisation unseres Vaterlandes beruht. Eine solche Sozialreform kann selbstverständlich nicht im Gegensatze zur konservativen Weltanschauung und im Kampfe mit der konservativen Partei durchgeführt werden, die doch am schärfsten das christlich-monarchische Prinzip vertritt. Davor hat sich auch die christlich-soziale Bewegung zu Beginn ihrer Wirksamkeit sorglätig gehütet. In dieser Richtung haben sich die christlich-soziale Bewegung und insbesondere Stöcker vielmehr unleugbar große Verdienste erworben, die von uns stets bereitwillig anerkannt worden sind. Daß die von Stöcker ins Leben gerufene Bewegung noch jetzt die Grenzen der konservativen Weltanschauung innehält, stellen wir aber entschieden in Abrede. Seit das Vorwärtsdrängen ungestümer Reformgeister ein Herabgleiten der Bewegung in demokratische Bahnen erkennen ließ, seit das Hervorkehren der konservativen Weltanschauung geschwunden und ein wildes Vorwärtsdrängen auf sozialreformerischer Bahn an die Stelle getreten ist, seit die Manifestation des monarchischen Gedankens innerhalb des christlichen Sozialismus sich lediglich auf die Ausbringung eines Kaiserhochs zu Beginn der Versammlungen beschränkt, im Uebrigen aber eine hetzerische Minirarbeit namentlich unter der ländlichen Arbeiterschaft Platz gegriffen hat und das Autoritätsprinzip von den Christlich-Sozialen fortgesetzt geschädigt und untergraben wird, sind wir zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine segens- und erfolgreiche Sozialreform Hand in Hand zu gehen hat mit dem Kampfe nicht nur gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen die auf Abwege gerathene christlich-soziale Bewegung. Wir hielten das Verbleiben Stöckers in der konservativen Partei für undenkbar, als es sich herausstellte, daß er seine intimen Beziehungen zum „Volk“ nicht lösen wollte, dessen politische Lebensbedingungen ausschließlich auf den Kampf gegen die konservative Partei basirt waren, und wir halten die Betheiligung von Mitgliedern der konservativen Partei an einer christlich-sozialen Gründung für unmöglich, die von Persönlichkeiten ins Leben gerufen wird, die sich, wie sie selbst gestehen, im schärfsten Gegensatze zur konservativen Partei befinden, innerhalb deren unseres Erachtens für konservativ gerichtete christlich-soziale Strebungen Raum genug zur Bethätigung vorhanden ist.

An dieser Kritik ist besonders die Stelle interessant, in der die monarchische Gesinnung der Christlich-Sozialen berührt wird. Während Stöcker früher stets mit der Phrase „für Thron und Altar“ gegen „Judenthum und Sozialdemokratie“ donnerte, bezeugen jetzt die früheren Freunde Stöckers, die es wissen können, den Christlich-Sozialen, daß ihr Monarchismus eigentlich nur Formensache sei. Jetzt erfährt der arme Stöcker am eigenen Leibe die Wahrheit des Wortes, daß Undank der Welt Lohn ist.

Hierzu die Wochenbeilage „Technische Rundschau“ No. 30.